



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 838890

P/XV/207 - 10. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die unheilige Koalition</u> Aktionseinheit zwischen Rechts- und Linksextremisten ?	63
3 - 4	<u>Um die Autonomie der Sozialistischen Partei</u> Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magari	106
5	<u>Die richtige Antwort</u> Keine Kontakte mit dem FDGB Von Fritz Zschiesche, Leiter des Betriebsgruppenreferates der SPD	45
6 - 7	<u>Wie Pankow Rom sieht</u> Unsportliche Berichterstattung über die Olympischen Spiele	96

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Die unheilige Koalition

sp- In diesen Wochen unmittelbar vor dem politischen Herbstauftakt in Bonn hat es nicht an Sammlungsaufrufen und Gründungsbeschlüssen gefehlt. Sie kamen aus dem ausserparlamentarischen Raum, also von politischen Kräften, die nicht im Bundestag vertreten sind. Und sie waren von Leuten unterschrieben, von denen man bislang - um es milde auszudrücken - nicht genau weiss, wie sie es mit der Demokratie halten. Entscheidender ist der Verdacht, dass die Figuren, die da ins politische Rampenlicht drängen, an den Fäden anderer zappeln. Und die im Dunkeln sieht man vorerst nicht genau.

Das Blasen zum Sammeln wurde auch für die Öffentlichkeit zum ersten Male hörbar, als der Rechtsradikale Priester, der im April starb, vor einem halben Jahr Einladungen an Dutzende politischer Splittergruppen verschickte. Es ging weiter mit den Gesprächen in Bad Nauheim und dem entschlossen verbotenen Wiesbadener Kongress der "Nationalen Opposition", und es endete vorläufig mit dem Aufruf zur Gründung einer neuen Partei, den der "Zentralaussschuss ausgeschlossener und ausgetretener Sozialdemokraten" unlängst veröffentlichte. Das alles, in einem Atemzug aufgezählt, klingt widerspruchsvoll. In Wahrheit aber sind es sehr ungleiche Brüder, die da versuchen, unter einen Hut zu kommen. Der Katalog von Grüppchen und winzigen Organisationen ist schier endlos. Die meisten Namen sind völlig unbekannt; immerhin aber - und die Protokolle der Nauheimer Gespräche zeigen das eindeutig - haben sich Rechtsradikale und solche Leute, die gern im Zwielicht zwischen Ost und West schwimmen, zu traute Gedanken-austausch miteinander gefunden.

Die gemeinsame Parole ist, mit den "Bonner Parteien aufzuräumen", und das Mittel dazu soll eine Sammlungsbewegung dieser unendlich vielen Gruppen der "Nationalen Opposition" sein, in der jeder radikale Vereinsmeier natürlich seine Autonomie behalten darf. Die Aussicht, im nächsten Jahr einige Bundestagsmandate erringen zu können, scheint immerhin ausgereicht zu haben, um ein einigendes Band von Strasser und dem Deutschen Block bis hin zu eindeutigen kommunistischen Tarnorganisationen zu schlingen. Und wenn sich die "Andere Zeitung" in dieser

20. September 1960

Woche zu dem Bonmot aufschwang: "Die Extreme berühren sich. Es gibt Politiker, die stehen so weit links, dass sie schon wieder rechts stehen" - so ist das eine hübsche, wenn auch gewiss unfreiwillige Glosierung dieser Situation.

Nun wäre es gewiss falsch, diese Berührungen überzubewerten. Die deutschen Wähler haben hinreichend gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, einem radikalen Experiment, noch dazu unter so zweifelhaften Vorzeichen, irgendeine Chance zu geben. Es sei aber an die Sorgfalt erinnert, mit der bei uns immer noch zwischen links- und rechtsradikalen Gruppchen unterschieden wird. Noch vor wenigen Wochen war im Zusammenhang mit dem verbotenen Wiesbadener Kongress aus dem Innenministerium zu hören, dass die Kommunisten bedeutend gefährlicher seien als die Neo-Nazis. Die Phantasie unserer Behörden reichte - trotz vieler Anzeichen - offensichtlich nicht aus, sich Querverbindungen und sogar eine Art Aktions-einheit vorzustellen, wie sie jetzt immer deutlicher wird. Jene Stellen, die sonst bei jedem verhafteten KP-Instrukteur in lautes Geschrei ausbrechen, sind überhaupt bemerkenswert still gegenüber diesen unverhüllt vorgetragenen Aufrufen zur Sammlung der "ausserparlamentarischen Opposition". Man möchte nicht meinen, dass wahnarithmetische Überlegungen dabei im Spiele sind oder dass vielleicht des Kanzlers Wunsch, es könnten getrost wieder ein paar Kommunisten in den Bundestag einziehen, auf diese Weise in Erfüllung gehen soll.

Denn diese Rechnungen werden nicht aufgehen. Der Sozialdemokratie kann, was die Bestrebungen der extremen "Linken" angeht, eine Klärung in dieser Richtung nur willkommen sein. Das wird die Möglichkeit eröffnen, scheinheilige Freunde als klare Gegner zu erkennen. Im übrigen aber wird es nicht eine polizeiliche Aufgabe, sondern eine Frage des breiten Spielraumes und der vollen Funktionsfähigkeit unserer Demokratie sein, mit dem Gebräu aus Rechts- und Linksradiakalen fertig zu werden. Sofern sich dieses Problem nicht durch die traditionelle Uneinigkeit in ihren Reihen von selbst erledigt.

+ + +

## Um die Autonomie der Sozialistischen Partei

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Obschon den Ergebnissen der XVII Olympischen Spiele in der italienischen Presse weitaus der grösste Platz eingeräumt und alles Politische eher in den Hintergrund gedrängt wird, so gibt es doch einige grundlegende Probleme, denen das politische Italien mit grösstem Interesse entgegensteht. So zu dem Kampf Nennis um die Autonomie seiner Partei von den Kommunisten.

Noch vor kurzer Zeit entbrannte die Polemik zwischen den beiden Parteien immer nur um ganz bestimmte Punkte. Heute dagegen erwecken die Kommunisten den Eindruck, als kämpften sie gegen die politische Linie selbst der Sozialisten, was natürlich die Beziehungen zwischen den beiden Parteien sehr zugespitzt hat.

Das offizielle Parteiorgan "L'Avanti" hat wiederholt Artikel aus der Feder Nennis veröffentlicht, die keinerlei Zweifel mehr erlauben: der sozialistische Parteisekretär meint es mit der Liquidierung der sozialist.-kommunistischen Zusammenarbeit äusserst ernst. Die Kommunistische Partei hat sich lange Zeit erstaunlich ruhig verhalten; sie erweckte aber den Eindruck, als versuche sie einer scharfen öffentlichen Auseinandersetzung mit den Sozialisten auszuweichen. Offensichtlich hatte sie keinerlei Interesse daran, ihre Isolierung zu betonen. Aber Togliatti - zweifellos der begabteste und bedeutendste kommunistische Führer des Westens - holte plötzlich zum Gegenschlag aus. Er forderte in mehreren öffentlichen Reden die Sozialisten auf, "endlich eine Wahl zu treffen zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus", was natürlich viele Sozialisten als eine wahre Herausforderung angesehen haben. In diesen Ansprachen, sowie in den Artikeln des kommunistischen Führers, kommt deutlich die Absicht zu Tage, bei den nächsten Gemeindevahlen - die voraussichtlich im Spätherbst abgehalten werden sollen - die KPI als die Partei der Opposition hinzustellen. Die Kommunisten versprechen sich von dieser Taktik neue Erfolge.

### Spannungen innerhalb der "Nenni"-Sozialisten

Die um Nenni gruppierten sog. Autonomisten führen heute keinen leichten Kampf. Ihren andauernden Bemühungen - sich immer deutlicher von den Kommunisten zu distanzieren - werden viele Steine in den Weg gelegt; die grössten aber von einem Teil der eigenen Parteileute. Der linke Flügel der Sozialistischen Partei unterstützt immer noch dem Mythos der "Klasseneinheit", was auch die Kommunisten zu ihren Gunsten auszunutzen verstehen. Auch besteht bei vielen dem linken Flügel angehörenden Sozialisten die Hoffnung auf dem nächsten Parteikongress - dieser sollte Ende des Jahres stattfinden - die Mehrheit der Delegierten für die eigenen Thesen zu gewinnen. Der linke Flügel bereitet der autonomistischen Mehrheit der Partei umso grössere Sorgen, als beinahe die Hälfte der Parlamentsfraktion ihm angehört, während im Zentralkomitee - das Organ, das dem Statut nach die politische Linie der Partei bestimmt - den Autonomisten die Mehrheit gut gesichert ist.

Anlässlich des Vertrauensvotums für die neue Fanfani-Regierung hat sich die Sozialistische Partei der Stimme enthalten und sich zum ersten Mal seit Kriegsende - bei einer so bedeutenden Abstimmung - nicht der Kommunistischen Partei angeschlossen. Die dem linken Flügel angehörenden Parlamentarier veröffentlichten aber einen Brief, in welchem es heisst, sie hätten sich lediglich aus Parteidisziplin der Stimme enthalten, denn ihrer Meinung nach komme diese Stimmenthaltung einem grossen

politischen Irrtum gleich. Dies umso mehr, als die Kommunistische Partei nun als die einzige oppositionelle Links-Partei dastehe.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser These nicht ein gewisser Erfolg unter dem Parteivolk beschieden sein wird. In der Tat fällt es dem linken Flügel der Sozialistischen Partei (PSI) nicht schwer, darauf hinzuweisen, daß die Sozialisten stets gegen Regierungen christlichdemokratischer Färbung gestimmt hätten - selbst als Fanfani seine links vom Zentrum stehende Regierung zusammenstellte - heute aber, da es sich um ein gänzlich christlichdemokratisches Kabinett handle, (welches zweifellos weniger soziale Züge aufweise als das vorharghende Experiment Fanfanis) die PSI diesem Kabinett ihre indirekte Unterstützung zugehen lasse.

#### Die Beweggründe Nennis

Die Antwort Nennis auf diese Vorwürfe lässt sich wie folgt zusammenfassen: die von Tambroni ausgelöste politische Krise bildete für das Bestehen der Demokratie schlechthin eine solche Gefahr, daß die Sozialisten den demokratischen Kräften, die sich aufrichtig um eine Lösung bemühten, in Hilfe und Unterstützung nicht abschlagen konnten. Diese haben sich ehrlich darum bemüht, eine Regierung aufzustellen, die sich mit aller Entschiedenheit von der filofaschistischen Tambroni unterscheidet. Die von Tambroni heraufbeschworene politische Stimmung sei für alle Parteien gefährlich gewesen, für die Volksmassen erwies sie sich aber als ganz besonders bedrohlich. Die Polemik zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei findet im Grunde genommen ihren Ursprung in der Geschichte der Sozialistischen Partei selbst und in den Aufgaben, die ihr gestellt sind. Unter all diesen Aufgaben steht an erster Stelle der Kampf gegen den christlichdemokratischen Klerikalismus und gegen die wirtschaftliche Feudalität; zweitens der Kampf gegen den kommunistischen Klerikalismus. Die Führung der italienischen Arbeiterbewegung durch die Kommunisten mag zu einem gewissen Zeitpunkt möglicherweise auch ihre Berechtigung gehabt haben. Heute aber erscheint sie in den Augen vieler Sozialisten nicht mehr fähig, den Forderung nach einer demokratischen Entwicklung des Landes gerecht zu werden.

#### Weiterreichende Ziele

Die Politik Nennis geht nicht nur darauf hinaus, die anti-tambronische Färbung der neuen Regierung zu unterstützen, sondern sie beabsichtigt auch noch etwas anderes. Mit der indirekten Unterstützung dieser Regierung haben die Sozialisten vielleicht die Möglichkeit, die Links-Christlichdemokraten in ihrem Vorhaben - die ganze Regierungspolitik auf eine soziale und fortschrittliche Linie zu bringen - tatkräftig zu unterstützen. Nenni hat übrigens nie einen Hehl daraus gemacht, dass, falls dieses Vorhaben sich als eine Illusion erweisen sollte, er stets die Freiheit besitze, gegen die Regierung zu stimmen und sich erneut in die Opposition zu begeben.

Die Stimmenthaltung der Sozialisten enthält also etwas Provisorisches, das von der Politik der Regierung abhängig gemacht wird. Die Angriffe des linken Flügels der PSI gegen Nenni werden gerade dieses Provisorische wegen, das die indirekte Unterstützung der Fanfani-Regierung durch die Sozialisten enthält, bedeutend geschwächt.

In sozialdemokratischen Kreisen ist deutlich die Absicht spürbar Nenni in seinem Kampf um die Autonomie der PSI behilflich zu sein. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, dass man Nenni gegen die Gegner in der eigenen Partei dann am besten unterstütze, wenn eine Politik geführt werde, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördere, und die immernoch gewaltigen Unterschiede zwischen dem reichen und armen Italien zu vermindern trachte.

## Die richtige Antwort

Von Pritz Zschiesche,

Leiter des Betriebsgruppenreferates der SPD

Die in der Gewerkschaft Holz organisierten 168 000 Holzarbeiter faßten bereits vor drei Jahren den Entschluß, ihren 5. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1960 in Berlin abzuhalten. Sie konnten damals nicht ahnen, daß dieser Kongreß gerade zum Zeitpunkt einer von Ulbricht künstlich geschaffenen Hochspannung um Berlin stattfinden würde. Sie wollten damit lediglich ihre Sympathie und Verbundenheit mit der tapferen Bevölkerung dieser Stadt sichtbar zum Ausdruck bringen. Daß dieser Berliner Holzarbeiter-Kongreß zu einer Demonstration freier Gewerkschafter gegen das Regime der Unfreiheit und Ausbeutung arbeitender Menschen wurde, ist ausschließlich Ulbrichts "Verdienst".

Darüber, daß zu den Feinden der Demokratie auch die Kommunisten gehören, ließen schon bei der Eröffnungskundgebung weder Willy Brandt, noch Willi Richter oder Herbert Wehner die geringsten Zweifel aufkommen. Das sich überschlagende Haßgeschrei der ostberliner "Tribüne" konnte demzufolge niemanden verwundern. Hatte man doch gehofft, durch eine schon vor der Acreise der Delegierten einsetzende und besonders beim Passieren der Zonenkontrollpunkte sich noch steigende Flut ostzonaler Propagandaschriften, die Delegierten weichmachen zu können für die Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB und die Torpedierung der vom Stuttgarter DGB-Kongreß gefaßten ablehnenden Beschlüsse.

Diese Rechnung ging nicht auf. Der in der letzten Woche in Berlin gebotene Anschauungsunterricht ostzonaler Willkürakte war gar zu eindringlich. Besonders für jene, die bislang geglaubt hatten, man könne den Rat der Kommunisten im Kampf um die Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik gebrauchen oder fände in ihnen ehrliche Partner im Ringen um die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes. Sie wurden bitter enttäuscht und der Eindruck, mißbraucht und getäuscht worden zu sein, machte sich befreiend Luft bei der mit großer Mehrheit beschlossenen Ablehnung jeder Kontaktaufnahme mit dem FDGB, der FDJ und der SED sowie der Entsendung sogenannter Studienkommissionen in die sowjetisch besetzte Zone. Die Schuld daran, einen Holzarbeiter-Gewerkschaftstag nicht in Dresden oder Erfurt unter Beteiligung aller deutschen Holzarbeiter durchführen zu können, liegt ausschließlich bei jenen, die sich sowjetischer gebärden als die Sowjets selbst und sich täglich bemühen, die Spaltung Deutschlands immer unüberbrückbarer zu vertiefen.

Die Delegierten der Gewerkschaft Holz waren sich aber ebenso einig in der Abwehr restaurativer Bestrebungen in der Bundesrepublik, die besonders zugunsten durch die beabsichtigte Notstands- und Notdienstgesetzgebung sowie eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeitnehmerschaft durch die in Vorbereitung befindliche Krankenversicherungreform zum Ausdruck kommt. Der Appell mehrerer Diskussionsredner, dies nicht nur über gewerkschaftliche Aktionen verhindern zu wollen, sondern durch eine entsprechende politische Willensäußerung der Arbeitnehmerschaft bei der nächsten Bundestagswahl, fand den ungeteilten Beifall der Delegierten.

### Wie Pankow Rom sieht

W.K. Die gesamtdeutsche Mannschaft hat bei den Olympischen Spielen in Rom grosse Erfolge errungen. Das Gold von Hary oder das doppelte der Ingrid Krämer im Kunst- und Turmspringen, das Gold der Männer in den Ruderbooten auf dem Albaner See oder unserer Sprinter in der Staffel, die vielen silbernen Medaillen und die bronzenen zeugen von grossartigen Leistungen. Millionen sassen Tag für Tag vor den Bildschirmen oder an ihren Rundfunkgeräten, verfolgten den sportlichen Wettstreit und freuten sich über jede hervorragende Leistung - natürlich besonders, wenn sie von deutschen Athleten vollbracht wurde. Und es war völlig uninteressant, ob diese Leistung von der Dresdenerin Ingrid, vom Frankfurter Hary oder der blonden Jutta Heine aus Hannover vollbracht wurde. Alle, ob sie nun siegten oder ehrenvoll unterlagen, waren Deutsche und gehörten einer Mannschaft an, die zu Beginn hinter dem Schild "Germania", Deutschland, bei der Eröffnungsfeier einmarschiert war. Und das "Oha, oha, oha" der zahlreichen Schlachtenbummler in Rom erklang ebenso für den Ostdeutschen Grodotzki wie für den Kiel/Ratzeburger Achter im Rudern und für beide stieg am Fahnenmast die schwarz-rot-goldene Fahne mit den fünf olympischen Ringen empor. Wenn wir von den Sportlern selbst und von den Funktionären noch hören, dass auch das Klima in der gesamtdeutschen Mannschaft freundlich, ja sogar freundschaftlich war, dann kann man getrost sagen, dass der grösste der Erfolge von der Idee des gesamtdeutschen Sportes errungen worden ist.

Während nun aber die Berichterstattung aus Rom für die Bundesrepublik auch im Geiste dieses gesamtdeutschen Sportes war, so war leider die in anderen Teil Deutschlands alles andere als das. Sie war nicht objektiv, sie war unfair und unsportlich. Und - wir wissen es - diese Berichterstattung trieb nicht nur uns die Zornesröte ins Gesicht, die Bewohner der Zone sind ebenso empört. Am 25. August schrieb die "Junge Welt":

"... Unter den Tausenden Sportlern, die in den kommenden Tagen um olympische Medaillen ringen, befinden sich auch die Wettkämpfer aus der Deutschen Demokratischen Republik ... Unsere Sportler vertreten in Rom den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der Geschichte Deutschlands".

Dann begannen die Spiele und die Dresdenerin Ingrid Krämer gewann zwei Goldene. Sofort waren die Schreiber der ostzonalen Parteizeitungen emsig am Werk, um die "Ursachen" dieser sicher grossen Siege zu ergründen, nicht ohne Hiebe auf den bösen Westen. So schrieb das "Neue Deutschland", das Zentralorgan der SED:

"Dieser Triumph ist das Ergebnis richtiger sozialistischer Erziehung und einer ebensolchen beispielhaften Förderung des Sports. Unser Mädchen verdankt ihre grossartigen sportlichen Erfolge in erster Linie unserer Regierung und unserem Staat".

Der Erfolg der Sportlerin widerlege die Behauptungen von "grauen Leben und von den abgestumpften, verkümmerten Menschen in der DDR".

Wenn man die Dinge so aufzäumt, drängt sich natürlich die Frage auf, warum denn dann die mit so viel Vorschuss gefeierten Stars aus Ostdeutschland nicht "siegen mussten": da überstanden weder die 4. der Welttrangliste im Rückenschwimmen, Ingrid Schmidt, noch der Europarekordmann im Stabhochsprung, Manfred Preussger, noch der Weltrekordler über 1000 m und Jahresweltbesten über 1500 m, Siegfried Valentin,

10. September 1960

noch Doris Müller im Diskus, noch Hermann Buhl über 3 000 m Hindernis ihre Qualifikationskämpfe. Es drängt sich weiter die Frage auf, wieso denn dann von den zehn Goldenen für Deutschland sieben von Kämpferinnen und Athleten aus der Bundesrepublik gewonnen wurden, von jungen Menschen, die zweifellos keine "richtige sozialistische Erziehung" genossen haben.

Kann man zu dieser ostzonalen Spintisierung vielleicht noch mit-  
leidig lächeln, so wird es denn doch bedenklich, nehmen wir uns das  
"Neue Deutschland" vom 9. September vor, die Ausgabe, die über den  
größten Tag der deutschen Leichtathletik in Rom berichten sollte.  
Drei Überschriften springen ins Auge: "Grossartige DDR-Sportler" -  
"Überlegene sowjetische Mädchen" - "UdSSR-Sieg in der Dressur". Über  
das zweifellos sensationelle Gold der deutschen - allerdings eben  
westdeutschen - 4 x 100 m-Staffel nur ein winziger 7-Zeilen-Absatz.  
In der Medaillen-Statistik gibt es kein "Deutschland", sondern eine  
"Gemeinsame deutsche Mannschaft" und unter der "Olympischen Ehrentafel"  
steht hinter jeden deutschen Sportler "Deutsche Auswahl/WD" -  
soll heissen: Westdeutschland - oder "Deutsche Auswahl/DDR".

Torpediert das schon der Sinn des gesamtdeutschen Sportes und steht  
es im Widerspruch zum Verhalten und Willen der Sportler aus Ostdeutsch-  
land, so schlägt eine weitere Maßnahme dem Fass den Boden aus. Wir les-  
sen in eben dieser Ausgabe des "Neuen Deutschland" folgendes:

"Die Leichtathleten der DDR, die in der Gesamtwertung in Mel-  
bourne den sechsten Platz in der Welt belegten, bei den Euro-  
pameisterschaften in Stockholm jedoch weit zurückgefallen wa-  
ren, dürfen sich rühmen, in Rom den sechsten Platz aller an  
der Leichtathletik teilnehmenden Länder erobert zu haben".

Wir glauben, die Leichtathleten der Zone werden sich eher einer  
solchen Aufrechnung schämen als "rühmen". Zunächst gibt es eine sol-  
che "Gesamtwertung" überhaupt nicht und dann - gäbe es sie wirklich  
für die Leichtathleten - dann ist diese "DDR" kein "teilnehmendes Land".  
Wir haben bisher in keiner Zeitung der Bundesrepublik derartige Auf-  
rechnungen gesehen und wir werden ganz sicher auch keine sehen. Es  
bleibt den Spaltern vorbehalten, in solchen Regionen zu schwelgen, aber  
wir sind eben, gewiss, dass ihnen in diesen Himmel der politischen  
Zweckträume weder die ostdeutschen Athleten noch die Bevölkerung fol-  
gen wird.

Trotz allem: der gesamtdeutsche Sport hat in Rom einen Triumph  
gefeiert und von diesem Triumph werden neue Impulse ausgehen. Die  
zweckpolitische, unfaire und unsportliche Berichterstattung der Zonen-  
Schreiberlinge ändert daran nichts. Nur sollten wir auch diese Be-  
richterstattung sorgsam registrieren und sie zum Anlass nehmen, von  
uns aus alles zu tun, um die in Rom wieder ein Stück gewachsene Pflan-  
ze des gesamtdeutschen Sportes mit Sorgfalt zu hegen und zu pflegen.  
Ihrer Feinde hat sie schon in Pankow genug!

+ + +